

**Anträge für die Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 08. September 2025**

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangsdatum	zust. Ausschuss	Zuständige/s Amt /Ämter
Anträge				
241	Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE betreffend der Wiederwahl des Bürgermeisters Dag Wehner	04. August 2025	direkt an SV – direkte Beschlussfassung unter TO I, TOP I	
242	Antrag der AfD-Fraktion: Wiedereinführung des „Antrag auf unmittelbare Beschlussfassung“ in der GO	22. August 2025	HFA	10
243	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie	26. August 2025	DWA	35/61
244	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Präventionskampagne zu den Gesundheitsrisiken von Lachgas als Partydroge	26. August 2025	SFA	30
245	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rückbenennung „Am Stockhaus“	26. August 2025	Magistrat	
246	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Umstellung der städtischen Zierbrunnen auf geschlossenen Wasserkreislauf	26. August 2025	ABK	69
247	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Aufstellung eines Lärmaktionsplans für die Niesiger Straße	26. August 2025	DWA	35/61
248	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: Umbenennung der Johannes-Dyba-Allee und Bildung einer Kommission – Eduard-Schick-Platz, Adolf-Bolte-Straße	26. August 2025	Magistrat	
249	Antrag der Vertreterin Die PARTEI: Unwürdige Hochwürden – Diskussion um die Benennung von Straßen und Plätzen	26. August 2025	Magistrat	
250	Antrag der Vertreterin Die PARTEI: Gummiwerke bleiben Gummiwerke	26. August 2025	DWA	80

241



An
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Aug. 2025
L. K.

Fulda, 04.08.2025

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE
betreffend **die Wiederwahl des Bürgermeisters Dag Wehner**

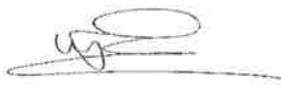
A N T R A G zur direkten Abstimmung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

am 30. Juni 2026 endet die Amtszeit von Bürgermeister Dag Wehner. Herr Wehner hat sich bereit erklärt, für eine Wiederwahl zur Verfügung zu stehen.

Die CDU-, FDP-Stadtverordnetenfraktionen und die Vertreter der CWE beantragen, auf die Einsetzung eines Wahlvorbereitungsausschusses sowie auf eine Ausschreibung zu verzichten und eine Wiederwahl von Herrn Dag Wehner durchzuführen.

Dieser Antrag wird in der Stadtverordnetenversammlung am 8. September 2025 mündlich begründet. Wir bitten darum, diesen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu setzen.


Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende CDU


Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender FDP


Martin Jahn
CWE


Elke Diegelmann
CWE

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

242



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 22. Aug. 2025

P. Ce.

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD-Fulda - Stadtfraktion

Pierre Lamely
(Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Berichterstatter
Pierre Lamely

Datum
21.08.2025

Wiedereinführung des „Antrag auf unmittelbare Beschlussfassung“ in der GO

Vorbemerkungen:

Keine.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

die Geschäftsordnung wird ergänzt um einen neuen §16 Absatz 4 wie folgt:

„Anträge, die der Stadtverordnetenversammlung zur unmittelbaren Beschlussfassung vorgelegt werden, werden innerhalb des Tagesordnungspunktes Aktuelle Stunde, Anfragen und Anträge behandelt. Eine Behandlung in einem Fachausschuss findet bei diesen Anträgen in der Regel nicht mehr statt. Sollte sich jedoch im Zuge der Beratung herausstellen, dass ein solcher Antrag noch nicht beschlussreif ist, kann er auf Antrag des/der Antragsteller/s an den zuständigen Fachausschuss überwiesen werden. Ein Beschluss über eine Nichtbefassung bei diesen Anträgen ist nicht möglich.“

Begründung:

Die Geschäftsordnung wurde zum Oktober 2022 geändert. Dabei wurde trotz guter Argumente aus den Reihen der Opposition die damalige Möglichkeit zum „Antrag auf unmittelbare Beschlussfassung“ (früher §13 Abs. 2 Satz 10 ff) ersatzlos gestrichen.

Zur SVV-Sitzung am 08.09.2025 soll nun durch die Mehrheitskoalition aus CDU, FDP und CWE ein Antrag „betreffend die Wiederwahl des Bürgermeisters Dag Wehner“ unmittelbar befasst und abgestimmt werden. Hierfür gibt es jedoch keine Grundlage mehr in der aktuell gültigen Geschäftsordnung.

Diese Vorgehensweise zeigt zweierlei Maß: Während Oppositionsanträge den Weg über die Ausschüsse nehmen müssen und dabei nicht selten „versanden“, schaffen sich die

Mehrheitsfraktionen für eigene Anträge Verfahren, die rechtlich nicht (mehr) existieren. Dies widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Fraktionen.

Im Sinne der demokratischen Fairness und Rechtsstaatlichkeit scheint es daher geboten, dass dieses Element der unmittelbaren Beschlussfassung wiedereingeführt wird, sodass alle Fraktionen hierauf zugreifen können und nicht nur die Mehrheitsfraktionen nach eigenen Vorstellungen Verfahrenswege erfinden.

Sollte der vorliegende Antrag abgelehnt werden, während gleichzeitig der Antrag zur Wiederwahl des Bürgermeisters ohne Geschäftsordnungsgrundlage behandelt wird, wäre dies ein offenkundiger Beweis für die willkürliche und undemokratische Verfahrensweise der Mehrheitsfraktionen.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

243



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 26. Aug. 2025

f. R.

Fulda, 26.08.2025

Antrag: Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, eine kommunale Fußverkehrsstrategie zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist es, den Fußverkehr als gleichberechtigte Mobilitätsform zu fördern und die Sicherheit und Attraktivität des Zufußgehens zu steigern.

Begründung:

Mit einer Fußverkehrsstrategie wird der Rahmen geschaffen, damit alle Bevölkerungsgruppen zukünftig sicher und bequem ihre Wege zu Fuß zurücklegen können. Eine attraktive Fußverkehrsstrategie ist ein wesentlicher Bestandteil einer gleichberechtigten, nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilitätsentwicklung, die den Fußverkehr als eigenständige und wichtige Mobilitätsform anerkennt und stärkt.

Die Fußverkehrsstrategie soll folgende Maßnahmen umfassen:

- Entwicklung eines zusammenhängenden, sicheren und komfortablen Fußwegenetzes unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, Schüler*innen, Senior*innen und Personen mit Mobilitätseinschränkungen
- Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen, insbesondere an Kreuzungen und Querungsstellen
- Entwicklung eines Schulwegkonzepts mit sicheren Routen für Schüler*innen
- Konzept für fußgängerfreundliche Ampelschaltungen und ausreichende Querungszeiten

Beate Tillmann-Mohr

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

244



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 26.08.2025

Antrag: Präventionskampagne zu den Gesundheitsrisiken von Lachgas als Partydroge

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt in Zusammenarbeit mit Fachstellen für Suchtprävention, Schulen, Jugendeinrichtungen und Polizei ein Informations- und Aufklärungskonzept zu den Risiken des Lachgaskonsums zu entwickeln. Bestandteile des Konzepts sind insbesondere Informationsveranstaltungen an Schulen und Jugendtreffs, Plakataktionen in der Innenstadt, Aufklärung über soziale Medien und digitale Kanäle, Einbindung von Ärzt:innen, Beratungsstellen und Streetwork in die Umsetzung.

Begründung:

Der Konsum von Lachgas – insbesondere unter Jugendlichen – hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Zwar liegt ein Gesetzesentwurf zur Regulierung vor, doch wird Lachgas auch künftig leicht verfügbar bleiben, da es zahlreiche legale Einsatzbereiche gibt (z. B. Gastronomie, Medizin, Technik).

Gesetzliche Regelungen allein reichen daher nicht aus. Entscheidend ist eine wirksame Präventionsarbeit, die Jugendliche über die Risiken informiert: von akuten Gefahren wie Sauerstoffmangel und Ohnmacht bis hin zu bleibenden neurologischen Schäden durch Vitamin-B₁₂-Inaktivierung.

Eine kommunale Kampagne ist notwendig, um der Verharmlosung („ist ja nur Lachgas“) entgegenzuwirken, Wissen zu vermitteln und die Gesundheit junger Menschen nachhaltig zu schützen.

Marie-Louise Puls

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

245



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 26.08.2025

36037 Fulda

Antrag: Rückbenennung „Am Stockhaus“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Umbenennung der Straße „Am Stockhaus“ in „Judengasse“.

Begründung:

in Fulda entwickelt sich aktuell viel in Richtung ‚Jüdisches Leben sichtbarer machen‘ – eine Entwicklung, die wir sehr begrüßen. Das gilt auch für das Areal ‚Am Stockhaus‘. Nun gibt es den Namen ‚Am Stockhaus‘ erst seit 89 Jahren – eine absichtsvolle und antisemitische Umbenennung seitens des damaligen Oberbürgermeisters Danzebrink im Dezember 1936 mit dem Ziel, die Existenz jüdischen Lebens in Fulda auszuradieren.

Mit der Rückbenennung setzt Fulda ein deutliches Zeichen für seine bedeutende jüdische Geschichte. Wenn demnächst die Arbeiten am Gemeindehaus beginnen, wenn die Neugestaltung des ehemaligen Synagogenplatzes in Angriff genommen wird, ist der richtige Zeitpunkt gekommen, der Straße ihren wahren Namen zurückzugeben.

Gespräche mit der hiesigen Jüdischen Gemeinde, Anja Listmann als Beauftragte für Jüdisches Leben sowie Daniel Neumann, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Hessen, haben ergeben, dass von allen aus den genannten Gründen eine Rückbenennung der Straße in „Judengasse“ gewünscht wird. So hieß die Straße seit hunderten von Jahren, weil hier das Zentrum Jüdischen Lebens in Fulda war. Es wird Zeit, dies auch im Straßennamen wieder anzuerkennen.

Jutta Hamberger

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

246



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 41095608

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Eing.: 26. Aug. 2025

Fulda, 26.08.2025

K. K.

36037 Fulda

Antrag: Umstellung der städtischen Zierbrunnen auf geschlossenen Wasserkreislauf

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Umstellung städtischer Zierbrunnen – sofern noch nicht geschehen – auf einen geschlossenen Wasserkreislauf

Begründung:

Zierbrunnen leisten einen wichtigen Beitrag zum Hitzeschutz und zur Klimaverbesserung im Stadtgebiet. In Zeiten zunehmender Wasserknappheit ist es jedoch nicht vertretbar, dauerhaft wertvolles Trinkwasser zu verwenden. Derzeit bedeutet Wassermangel oft, dass die Brunnen abgeschaltet werden – wodurch ihre kühlende und belebende Wirkung in heißen Phasen verloren geht.

Ein geschlossener Wasserkreislauf ermöglicht den Weiterbetrieb auch in Hitzeperioden, spart Trinkwasser und entlastet zugleich den städtischen Haushalt.

Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

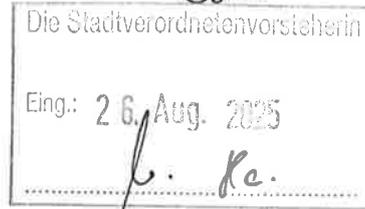
247



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 26.08.2025

36037 Fulda

Antrag: Aufstellung eines Lärmaktionsplans für die Niesiger Straße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufstellung eines Lärmaktionsplans für die Niesiger Straße im Bereich Kreuzung Mackenrodtstraße bis Ortsausgang Richtung Lehnerz zu prüfen.

Begründung:

Lärmaktionspläne eröffnen Kommunen die Möglichkeit, Geschwindigkeitsbegrenzungen zum Schutz der Anwohner:innen vor Verkehrslärm umzusetzen. Sie bieten einen erweiterten Handlungsspielraum gegenüber den engen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung (§ 45 StVO).

Nach europäischem Recht und höchstrichterlicher Rechtsprechung sind die Grenzen der zumutbaren Lärmbelastung nicht mehr an starre Grenzwerte gebunden. Damit können Kommunen im Rahmen eines Lärmaktionsplans eigene Bewertungen vornehmen und Maßnahmen wie Tempo 30 rechtlich absichern.

Andere Städte – darunter Darmstadt und Kassel – haben bereits Tempo 30 aus Lärmschutzgründen auf stark befahrenen Straßen eingeführt, teilweise nachts zwischen 22 und 6 Uhr.

Auch für die Niesiger Straße ist eine solche Maßnahme sinnvoll, um die Lärmbelastung für die Anwohner:innen spürbar zu reduzieren und die Lebensqualität zu verbessern.

Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Volt

SPD/Volt-Stadtverordnetenfraktion Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 26. Aug. 2025

L. Ke.

SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda, Schloßstraße, 5 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
spd-fraktion.fulda@t-online.de
25.08.2025

A N T R A G

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

1. die Johannes-Dyba-Allee in Kastanienallee umzubenennen und
2. eine Kommission zum weiteren Vorgehen in Hinblick auf die Straßen Eduard-Schick-Platz und Adolf-Bolte-Straße einzurichten, an der neben Vertretern städtischer Gremien auch Betroffenenverbände, das Bistum Fulda und der Anwohner beteiligt werden.

Begründung:

1.

Nach dem Tod des Erzbischofs Johannes Dyba im Jahr 2000 wurde die am Dom vorbeiführende Kastanienallee zu dessen Ehren in Johannes-Dyba-Allee umbenannt.

Der kürzlich veröffentlichte Abschlussbericht der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im Bistum Fulda zeigt indessen, dass Johannes Dyba diese Ehre nicht verdient!

Der Bericht führt eine Vielzahl sexueller Übergriffe auf, die sich in der Amtszeit Dybas ereignet haben. Zwar ließ sich den Akten keine eindeutige Beteiligung Dybas entnehmen. Möglicherweise überließ Dyba die Befassung heikler Personalangelegenheiten seinem damaligen Weihbischof Johannes Kapp.

Erzbischof Gerber ist jedoch insoweit zuzustimmen, dass Dyba als Oberhaupt die Letztverantwortung trägt. Letztlich wurden ihm Kinder anvertraut, denen unter seiner Obhut sexuelle Gewalt angetan wurde.

Dyba musste von der Gefahr wissen, die von pädophilen Priestern ausgehen kann. Spätestens seit den 80er Jahren waren Übergriffe durch Priester immer wieder Gegenstand der Berichterstattung. Im Mai 1995 wurde sogar ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verletzung der Fürsorgepflicht (§ 170d StGB) und der Förderung sexueller

Handlungen Minderjähriger (§ 180 StGB) gegen Dyba und Kapp eingeleitet. Erzbischof Dyba hätte unbedingt Strukturen schaffen müssen, die Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt schützen – nicht die Täter vor Aufdeckung! Vorbelastete Täter hätten zwingend von ihren Ämtern enthoben werden müssen, um Wiederholungstaten zu verhindern!

Statt sich dem Schutz der ihm anvertrauten Menschen zu widmen, hat sich Dyba als Kämpfer für eine rigide erkonservative Sexualmoral betätigt. In einem Gastbeitrag im Magazin „Der Spiegel“ bezeichnete er die Anerkennung homosexueller Partnerschaften als „Degeneration“. Es komme dem Recht gleich, „Lustknaben“ zu importieren.

Man muss das Wirken und die geäußerten Meinungen Dybas im Lichte seiner Zeit betrachten. Trotzdem sollte eine derart prominente Straße nicht nach einer Person benannt sein, deren Amtsführung nach heutigen Maßstäben absolut inakzeptabel ist.

Das Anbringen von einordnenden Plaketten oder Schildern wäre hier nur eine Behelfslösung, die dann in Betracht käme, wenn eine Umbenennung zu einem unverhältnismäßig großen Aufwand führen würde.

Hier sind jedoch keine Anwohner von der Umbenennung der Straße in Kastanienallee betroffen, sodass kein nennenswerter Aufwand entstehen würde.

Hinzu kommt, dass die historische Bezeichnung „Kastanienallee“ diese Straße treffend beschreibt und auch besser klingt. Sie ist schon deshalb vorzuziehen!

2.

In Hinblick auf die Straßen Eduard-Schick-Platz und Adolf-Bolte-Straße ist der Sachverhalt komplizierter. Zwar sind die Verfehlungen der namensgebenden Erzbischöfe teilweise noch offenkundiger, jedoch wäre eine Umbenennung mit einem erheblichen Aufwand für die Anwohner verbunden. Die einzurichtende Kommission sollte nach einer Lösung suchen, die die berechtigten Interessen und Forderungen aller Beteiligten berücksichtigt.

Die genaue Zusammensetzung der Kommission sollte nach Vorgesprächen mit den vorgeannten Gruppen festgelegt werden.


Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender -

Berichterstatter:
Jonathan Wulff

249

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 28. Aug. 2025

[Handwritten signature]

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 · 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de · ute@riebold.eu

Fulda, 26.08.2025

Antrag
SVV 08.09.2025

Unwürdige Hochwürden

Beschlussvorschlag

Unverzüglich wird damit begonnen, auf Grundlage des Abschlussberichts der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im Bistum Fulda darzulegen, ob frühere Bischöfe und andere Kleriker würdige Namenspatrone Fuldaer Straßen und Plätze sind.

Begründung

Straßen und Plätze sollten nur nach Personen benannt werden und benannt sein, die diese Ehre auch verdient haben. Vor diesem Hintergrund muss insbesondere hinterfragt werden, ob u. a. die Johannes-Dyba-Allee, der Eduard-Schick-Platz, die Adolf-Bolte-Straße weiter so heißen sollten. Zudem verhöhnt eine weiter fortgeführte Wertschätzung und Ehrung der Bischöfe, die Täter gedeckt und somit Verbrechen ermöglicht oder begünstigt haben, die Betroffenen von sexualisierter Gewalt. Das darf den Leidtragenden nicht länger zugemutet werden. Schnelles Handeln ist daher geboten.

Zudem war die Umbenennung der Kastanienallee schon damals nicht unumstritten. Für diese Straße braucht keine neue Bezeichnung gesucht werden. Sinnvoller wäre eine Rückbenennung.

Ute Riebold
Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



Die PARTEI

250

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 26. Aug. 2025

h. Ke.

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 · 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de · ute@riebold.eu

Fulda, 26.08.2025

Antrag
SVV 08.09.2025

Gummiwerke bleiben Gummiwerke

Beschlussvorschlag

Die Gummiproduktion in den Fuldaer Gummiwerken wird fortgeführt. Künftig werden dort Gummibärchen (auch in Form von Reifen, Rehen, Einhörnern, Schlossturmkronen und ggf. Bonifatiusfiguren), Gummistiefel und Kondome produziert.

Begründung

Die traditionsreiche Gummiproduktion an diesem Standort darf nicht aufgegeben werden. Gummibärchen haben Zukunft – insbesondere die veganen Artgenossen. Auch könnte so an die jahrhundertelange Produktion von Reifen erinnert werden. Ein Gedenken an die erschossenen Friedhofsreihe wäre so möglich, die Krone des Schlossturms würde wenigstens schmecken, die Huldigung von Bonifatius geht in Fulda ja eh immer – und Einhörner sowieso.

Gummistiefel werden angesichts des Klimawandels immer wichtiger – und heimische Politiker würden bei Hochwasserereignissen in Gummistiefeln heimischer Produktion noch mehr glänzen.

Kondome wären sicherlich ein gern von Tourist*innen gekauftes Mitbringsel - insbesondere, wenn auf der Verpackung Bonifatius oder der Dom abgebildet würde.

Die zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Gebäude sind zu schade, um sie zum Beispiel der Rüstungsindustrie zu überlassen.

Ute Riebold

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



Die PARTEI